

Haushaltsrede

- Tobias Kruger -

04.12.2012



⇒ Es gilt das *gesprochene Wort* ⇐

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

gäbe es in Rödermark eine explizite Vergnügungssteuer so würde sie keinesfalls für die aktuellen Haushaltsberatungen oder diese Haushaltsrede anfallen. Es liegen sehr intensive Beratungen und eine Termindichte völlig neuer Dimension hinter uns. Es sind Fragen offen geblieben und noch weitere Beratungen wären zweifelsohne denk- und vertretbar gewesen ... aber irgendwann ist die Grenze des Machbaren erreicht. Leibild, Befragung zum Haushalt, Arbeitsgruppen, Steuerungsgruppe, Haushaltsberatungen und Alltagspolitik haben eine zeitlich Intensität erreicht, die mittlerweile nur noch schwerlich mit "Ehrenamt" übertitelt werden kann.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Dank sagen an die Finanzverwaltung, die Verwaltung, den Kämmerer, den Bürgermeister und den Magistrat. Dank dafür, dass Sie alle sich stets alle denkbare Mühe gegeben haben, unsere Fragen so zeitnah und so gut es geht zu beantworten und unsere Informationswünsche zu erfüllen. Dank möchte auch sagen an alle Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung für - trotz der extremen Termindichte - stets sachliche und zielführende Beratungen in öffentlicher, wie auch nichtöffentlicher Sitzung.

All' der Aufwand war keinesfalls umsonst: Auf dem Papier haben wir nun die konkrete Konsolidierung für 2013, grob den weiteren Abbaupfad bis 2018 und das Ziel des ausgeglichenen Haushalts ab 2018. Wunschdenkend darf ich erweitern: Reeller Schuldenabbau ab 2019.

Ich will das Ergebnis vorwegnehmen: Die FDP wird dem Haushalt 2013 zustimmen und der strategischen Konsolidierung - aber ausdrücklich nur mit allergrößten Bauchschmerzen und beiden Fäusten in der Tasche! Warum stimmen wir also zu? Wir sind Opposition und haben doch ohnehin nur 2 Stimmen ... da könnte man es sich doch ganz einfach machen wie die Genossen der SPD: Ablehnen, die soziale Populismuskeule schwingen und so richtig schön billig auf Stimmenfang gehen. Legitim wäre es voll und ganz und die geplanten Steuer- und Gebührenerhöhungen könnte ich als FDP'ler doch wunderbar ablehnen und populistisch ausschlichten ... genügend griffige bis polemische Überschriften dazu hätte ich ganz spontan an der Hand; z.B. "Ein STURM von unsozialen Einschnitten bricht über Rödermarks Familien herein", "Sozialer Kahlschlag in Rödermark" oder: "Kinderfreundlichkeit als MarkenKERN von Rödermark endgültig abgeschafft" - zweifelsohne allesamt kurzweilig sehr Effektiv - aber erstens sachlich nicht richtig zweitens langfristig gedacht absolut verantwortungslos! Ich mag das Wort auch absolut nicht, aber dieser Schritt der Konsolidierung jetzt ist objektiv alternativlos. Auch wenn das unstrittig bedeutet, dass die Steuer- und Gebührenzahler die bittere Suppe der Schuldenpolitik der vergangenen Jahre nun mit großer Kelle mit auslöffeln müssen.

Wir haben uns nach reiflichen Überlegungen ganz bewußt entschieden, dem Haushalt und der Konsolidierung zuzustimmen: Wir hatten schon zum Haushalt 2012 eine ganze Reihe von klaren Spar- und Einnahmeerhöhungsanträgen gestellt, die sich - damals von der Mehrheit noch vom Tisch gewischt oder verwässert - jetzt zu großen Teilen in der vorliegenden Konsolidierung wiederfinden - besser spät, als nie. Wir begrüßen den Rettungsschirm des Landes - wenngleich er natürlich kein Allheilmittel ist, sondern lediglich ein Schritt auf einem langen und steinigen Weg und eine Hilfe zur Selbsthilfe. Wer den Schutzschirm nur auf die 12,3 Mio. reduziert, die ans Land abgegeben werden, der hat leider den Schutzschirm insgesamt nicht verstanden.

"Antrag 39"

Ein großer Teil der Anträge zum Haushalt 2012 betreffend Steuern und Gebühren sind im Sammelbeschluss "Antrag 39" der grün-schwarzen Koalition aufgegangen ... "Antrag 39" ... klingt ein wenig wie "Area 51" und war auch genauso nebulös, denn in diesen Antrag wurde alles gepackt und damit faktisch nochmal ein Jahr geschoben was mit den Steuern- und Gebührensätzen zusammenhängt. Die - zweifelsohne schmerzliche - Gebühren- und Steuerdebatte hätte man auch schon im vergangenen Februar für den Haushalt 2012 führen und entsprechende Beschlüsse, analog zu denen die jetzt auf dem Tisch liegen, fassen können. Die FDP hatte die entsprechenden Anträge gestellt und hinter diesen stehen wir natürlich nach wie vor. Diese sind sodann auch im "Antrag 39" aufgegangen und werden jetzt 10 Monate später diskutiert. "Antrag 39" wurde am 14.02.2012 interfraktionell-einstimmig angenommen, darin heißt es unter anderem:

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Preissteigerung und der Inflationsrate der letzten zehn Jahre sowie der nicht erfolgten Anpassung vieler Gebühren wird der Magistrat beauftragt, mit dem begonnenen Kommunikationsprozess zur Haushaltskonsolidierung verstärkt fortzufahren.

1. Ein Konzept zur Anpassung aller Gebühren ist bis zum Ende des 2. Quartals 2012 vorzulegen. Hierbei sind folgende Themenfelder einzubeziehen:

Antrag 13 (Erhöhung der Benutzungsgebühren in den städtischen U-3-Einrichtungen)
Antrag 15 (Erhöhung der Benutzungsgebühren in den städtischen Kindertagesstätten)
Antrag 16 (Erhöhung der Benutzungsgebühren in den Horten) und
Antrag 20 (Kostendeckende Essenspauschalen in allen städtischen Einrichtungen)
Antrag 46 (Gebühren der Kinderbetreuung)

2. Ein Konzept zu zukünftigen Gestaltung der städtischen Steuern ist bis zum Ende des 2. Quartals 2012 vorzulegen. Hierbei sind folgende Themenfelder einzubeziehen:

Antrag 38.11 (Hundesteuer) und
Antrag 38.12 (Spielautomatensteuer)

3. In einem professionell begleiteten Prozess soll in Kooperation mit Bürgern, Verwaltung und politischen Gremien ein Leitbild der Stadt Rödermark erstellt werden.

4. Zusätzlich und begleitend soll öffentlich über Einnahmen und Ausgaben für

städtische Dienstleistungen und deren Wertigkeit **diskutiert werden**. Der Stadtverordnetenversammlung sind die Ergebnisse in der letzten Sitzung vor der Sommerpause am 26.06.2012 zur Entscheidung vorzulegen.

Klar war also schon im Februar 2012 - wenn auch noch ohne konkrete Zahlen - dass die Gebühren und Steuern "angepasst" und "gestaltet", sprich im Klartext: "erhöht" werden sollen und müssen und es - in logischer Konsequenz - "weh" tun wird. Das war allen Beteiligten klar und wurde einstimmig beschlossen. Die Idee, dies mit den Betroffenen zu kommunizieren und die neuen Gebührenkonzepte (mit den dann neuen "angepassten" Zahlen) rechtzeitig noch vor der Sommerpause den Gremien und der Öffentlichkeit vorzulegen war gut. Man hätte dann in Ruhe diskutieren und kommunizieren können. Leider muss ich heute ernüchert feststellen, dass dieser einstimmige Beschluss über weiteste Strecken schlicht nicht umgesetzt oder verschlafen wurde. Daher frage ich sie, Herr Bürgermeister Kern - warum haben Sie diesen klaren und einstimmigen Auftrag der Stadtverordnetenversammlung NICHT umgesetzt? Warum haben sie die Chance eines ruhigen Dialoges mit den Gebühren- und Steuerzahlern vertan? Statt die Monate seit Februar bzw. seit dem angepeilten Ende des 2. Quartals 2012 zu nutzen, um die Erhöhungen zu kommunizieren haben sie einen einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ignoriert. Damit müssen Sie sich jetzt auch den Vorwurf gefallen lassen, dass sie und der Magistrat nun die Hauptverantwortung dafür tragen, dass die Steuer- und Gebührenzahler nun erst wenige Tage vor Haushaltsbeschluss von den Erhöhungen überfahren werden und keinerlei Möglichkeit für ein ruhiges Erklärungs- und Kommunikationsverfahren mehr bleibt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte im Februar einen durchaus sinnvollen Weg vorgegeben - aber Sie, Herr Bürgermeister, haben augenscheinlich ihre Hausaufgaben nicht bzw. nicht mit allem nötigen Engagement gemacht.

Ja - zwar fanden zwei Bürgerbefragungen (Leitbild + Haushalt) statt, aber eine echte Kommunikation und Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern wie im "Antrag 39" einstimmig beschlossen gab es nicht. Das ist Fakt. Und die einstimmig beschlossenen Gebührenkonzepte zur Beratung kamen bis heute nicht. Ich selber habe die neuen Satzungsentwürfe letzten Donnerstag zum ersten Mal zu Gesicht bekommen. Ich kann daher den Unmut vieler Eltern über das Verfahren im Scheinsgalopp voll und ganz verstehen. Trotzdem steht die FDP hinter den Erhöhungen an sich ... so schwer und schmerzlich das auch ist. "Weiter wie gehabt - Augen zu und durch" ist keine Lösung - denn die Kinder, die heute in der KiTa sind, müssen unsere Schulden von heute morgen sehr sehr teuer bezahlen ... ich höre sie, die Rufe: "In anderen Städten und Bundesländern ist die Kinderbetreuung kostenlos". Das ist natürlich falsch - kostenlos ist die Betreuung niemals; die Frage ist nur, aus wessen Tasche das Geld dafür kommt. Im Fall des Saarlandes sind es die Steuerzahler-/innen aus Hessen, Bayern und Ba-Wü, die über den Länderfinanzausgleich die saarländische Betreuung zahlen - das kann und darf doch kein Weg sein!

Fehler machen

Wir alle machen Fehler - das liegt in der Natur des Menschen. Thomas Edison hat dazu zutreffend festgestellt: "Das ist das Schöne an einem Fehler: man muß ihn nicht zweimal machen". Dazu muss

man seine Fehler natürlich erstmal erkennen, einräumen und auch klar und öffentlich benennen. Ja, die Rödermärker Kommunalpolitik hat einen Fehler gemacht - den Fehler über 10 Jahre den Eltern keinen reinen Wein einzuschenken bezüglich der explodierenden Kinderbetreuungskosten; in nur 10 Jahren hat sich durch steigende Standards und sonstige Entwicklungen der Deckungsgrad der Gebühren faktisch halbiert. Ich bin jetzt seit 11 Jahren Stadtverordneter und einer meiner ersten Beschlüsse Anfang 2002 war die letzte kleine Anhebung der Betreuungsgebühren - im Rahmen der Eurp-umstellung; damals spielten - so sagen es böse Zungen - die Mütter in Rödermark noch mehr Tennis. Seitdem ist nichts mehr angepasst worden - nicht einmal z.B. alle 2 Jahre ein kleinerer Inflationsausgleich, prozentuale Anhebung oder ähnliches. Das war ein Fehler - unabhängig davon, ob es schlicht versäumt wurde oder ob das Eisen schlicht zu heiß war. Und dieser Fehler führt nun dazu, dass nun eine wesentlich härtere Anhebung stattfinden muss, als wenn man alle paar Jahre kleine Schritte der Gebührenerhöhung gegangen wäre. Dazu kommt noch der zweite Fehler, dass die Eltern jetzt im Schweinsgalopp geradezu überfahren werden weil, wie ich eben bereits ausgeführt habe, viel Zeit schlicht verpennt wurde, die man für einen sachlichen Dialog hätte nutzen können ... Monate wäre Zeit gewesen, um die Eltern ins Boot zu holen ... Ende Juni sollten die überarbeiteten Gebührenkonzepte auf dem Tisch liegen - dann wären mindestens 3 Monate Zeit gewesen, um die Eltern zu informieren, sich an runde Tische zu setzen und zu kommunizieren. Ich bin mir sicher, dass viele Eltern durchaus Verständnis haben für begründete Gebühreanpassungen - aber nicht mit Fingerstreich diktiert, sondern bitte erklärt und erläutert. Diese Chance wurde leider vertan - ein weiterer schwerer Fehler.

SPD

Wie eingangs schon erwähnt, kann ich die Haltung der SPD zu Haushalt und Schutzschirm absolut nicht verstehen und mir abgesehen vom rein populistischen Stimmenfang nicht rational erklären. Denn das Konzept der SPD lautet nun de facto: Weiter wie gehabt und Schuld sind andere - Schuldzuweisungen als Konsolidierungsmaßnahme ... ein wirklich interessanter Ansatz. Gut: Der Kreis Offenbach ist Schuld, das Land, der Bund, Europa und natürlich auch irgendwie die Griechen, die Banken, die Ratingagenturen und die Hedgefonds ... alle anderen sind schuld und das Wetter ist auch nicht wirklich gut. Dummerweise baut diese für sich genommen sicherlich nicht völlig falsche Feststellung keinen Cent an Defizit ab und ist daher auch keine Lösung. Wer so argumentiert macht jeden Vogel Strauß neidisch - tiefer steckte noch kein Kopf im Sand. Das ist vergleichbar mit dem Schulkind, dass nach permanent Note "6" nicht versucht, sich durch eigene Anstrengung und Mühen zu verbessern, sondern sich stattdessen lautstark beklagt, dass es noch keine Noten "7" und "8" gibt. Wer heute nicht spart, dem wird das Heft des Handelns früher oder später komplett aus der Hand genommen. Haushaltskonsolidierung tut weh - das ist unstrittig. Konsolidierung ist aber ein notwendiger Teil verantwortungsbewußter Politik - wir stellen uns dieser Verantwortung. Wie sagte Winston Churchill: "Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance." - in diesem Sinne liebe Genossen ... lehnen sie den Haushalt ab.

Gewerbe / Badehaus

Auch wenn wir wegen des nahezu gemeinsamen Vorgehens keine eigenen Haushaltsanträge gestellt haben (16 Stück hatten wir vorbereitet - mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Mio. €), komme ich in

der Haushaltsrede natürlich nicht umher, ein paar "Klassiker" - same procedure as every year - anzusprechen. Man könnte z.B. die grün-schwarze Koalition fragen, wie sie es den Eltern erklärt, dass die Gebühren im KiTa Bereich jetzt erhöht werden müssen und diese Koalition dennoch unlängst völlig ohne Not weitere Tatbestände für Eintrittspreisreduzierungen im Badehaus durchgesetzt hat? Wie können wir über die Einstellung eines "Klimamanagers" überhaupt nur nachdenken, wenn wir zeitgleich über die Erhöhung der Essenspauschalen für Kinder reden? Leider war ich bei der letzten Sitzung der STAVO erkrankt - ich hätte auf jeden Fall gegen das Klimakonzept gestimmt. Muss ich zum Badehaus sonst noch viel sagen? Nein - ich verweise 1:1 auf meine Ausführungen dazu in den Haushaltsreden 2011 und 2012 ... geändert hat sich nämlich seitdem nichts, das horrende Defizit wird munter fortgeschrieben und eine Verbesserung ist auf weiter Flur nicht in Sicht. Achja: Und natürlich kann ich keine Haushaltsrede halten, ohne den Kollegen von der AL betreffend der nach wie vor eklatant fehlenden Gewerbeentwicklungsflächen die ideologischen Scheuklappen vorzuwerfen. Ich kann nur hoffen, dass unser sehr engagierter Wirtschaftsförderer bei der Stange bleibt. Wie die im Abbaupfad eingerechneten jährlich munter steigenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer ohne eine aktive Gewerbeflächenpolitik realisiert werden sollen ... "die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Man muss sich dabei wohl oder übel überraschen lassen. Die FDP bleibt dabei: Rödermark braucht dringend neue Gewerbeflächen. Die dazu passende aktuelle Diskussion "Fehlender Wohnraum in Frankfurt soll/muss im Umland dargestellt werden" ... fällt heute der Redezeit zum Opfer.

Bürger tritt in Vorleistung

Es ist für uns ganz klar und die bitterste aller Konsolidierungsspielen: Bei der Konsolidierung 2013 herrscht ein eklatantes Mißverhältnis zwischen den Konsolidierungsleistungen der Steuer- und Gebührenzahler auf der einen und den Einsparmaßnahmen der Stadt auf der anderen Seite. So ist es und da gibt es nichts schönzureden. Ich darf an dieser Stelle ausdrücklich erklären: Die FDP stimmt diesem Haushalt und den Konsolidierungen für 2013 NUR und ausschließlich unter der Prämisse zu, dass in den kommenden Jahren des Abbaupfades nicht mehr überdiemaßen dem Bürger in die Tasche gegriffen wird, sondern Stadt und Verwaltung klare eigene Einsparungen in die Konsolidierungsschale werfen. Sollte das Mißverhältnis zwischen Bürger- und Eigenleistung der Stadt in den Folgejahren jedoch fortgeschrieben werden, wird die FDP diesen Weg nicht weiter mitgehen. Für uns ist klar: **"2013 tritt der Bürger in Vorleistung - die Stadt muss ab 2014 deutlich nachliefern"**. Um die Akzeptanz dieser Vorleistung kann ich die Bürgerinnen und Bürger nur ehrlich bitten - mit dem Versprechen, dass die FDP klar dafür eintritt, dass Stadt und Verwaltung nachliefern und -ziehen werden. Wir werden dies konsequent einfordern und das weitere Verhältnis zwischen Erhöhungen und Einsparungen sehr kritisch beobachten. Für die FDP ist klar: **"Steuer- und Gebührenerhöhungen sind keine Sparmaßnahmen!"**

Wie ich bereits mehrfach erwähnt habe, haben wir wegen dieser sehr einseitigen Konsolidierung 2013 zu Lasten der Bürger allergrößte Bauchschmerzen - trotzdem gehen wir den Weg mit. Unser Beweggrund dafür ist klar und läßt sich eindringlich so beschreiben: **"Lieber Bauchschmerzen heute, als Multiorganversagen in ein wenigen Jahren"**.

⇒ *Es gilt das **gesprochene Wort*** ⇐

Abschließend möchte ich für uns alle einen großen Sozialdemokraten (ja, auch solche gibt es) zitieren: Willy Brandt: "Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben."

Es gäbe noch viel zu sagen und zu erklären - aber ich denke, "Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen."

Vielen Dank.